

# Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2019, Nr. 118, S. 34

## Jubiläum im Krisenmodus

Das evangelische Beratungszentrum in Höchst feiert zehnjähriges Bestehen

Zehn Jahre ist es her, dass der Evangelische Regionalverband im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Höchst ein Beratungszentrum für Menschen in Not und Krisensituationen eröffnete - jetzt feiert es Jubiläum und zieht Bilanz. Steigende Arbeitslosenzahlen, Wohnungsnot und Kinderarmut hätten damals immer mehr Menschen vor große soziale Probleme gestellt, sagt Jürgen Mattis, Fachbereichsleiter für Beratung, Bildung und Jugend des Evangelischen Regionalverbands. "Wir hatten eine Unterversorgung an Beratungsangeboten hier in Höchst." Diese Lücke habe man mit der Eröffnung des Familien- und Beratungszentrums schließen können, sagt er. Inzwischen sei das Zentrum in Höchst etabliert und leiste wichtige Arbeit für den Stadtteil. 2013 wurde zusätzlich ein Eltern-Kind-Café im Dalberghaus eröffnet. Über 5000 Menschen nahmen vergangenes Jahr die Angebote des Beratungszentrums in Anspruch. "Zu uns kommen Menschen mit den unterschiedlichsten Problemen", sagt Judith Rosner, Leiterin der Einrichtung. Dazu gehören existentielle Notlagen, Suchterkrankungen, psychische Belastungsstörungen, aufenthaltsrechtliche Fragen, aber vor allem familiäre, schulische und berufliche Probleme. Der Bedarf an Beratung sei seit der Eröffnung nicht geringer geworden, im Gegenteil: "Mit dem vorhandenen Personal haben wir eine natürliche Obergrenze erreicht; teilweise müssen wir auf andere Beratungsstellen verweisen", sagt Rosner.

Gerne würde man das Angebot ausweiten, doch dafür fehle das Geld. So sei man seit einiger Zeit finanziell im "Krisenmodus" und hoffe, keine Stellen streichen zu müssen, sagt Mattis. Die jährlichen Gesamtkosten von derzeit knapp 1,2 Millionen Euro könnten kaum mit den verfügbaren Mitteln gedeckt werden. Weil die seit Jahren steigenden Kosten nicht von den Kommunen, die den Hauptteil des Geldes beisteuerten, durch Tarifangleichungen kompensiert würden, steige zusätzlich der Anteil, den der Regionalverband selbst zuschießen müsse. Für 2019 seien zirka 450 000 Euro eingeplant, sagt Mattis. Diese Entwicklung sei gerade für den Frankfurter Westen nicht wünschenswert: "Es kann nicht im öffentlichen Interesse sein, dass Beratung nicht stattfindet, weil keine Mittel da sind." Schließlich lösten sich die Probleme nicht von allein.

Um das zehnjährige Bestehen zu feiern und Interessierten einen Einblick in die Räumlichkeiten und die Arbeit zu geben, veranstaltet das Beratungszentrum morgen von 15 Uhr an einen Tag der offenen Tür.

tblu.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

